



Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

HERBERT KICKL
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-901000
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0326-II/1/c/2018

Wien, am 18. Juli 2018

Die Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. Juni 2018 unter der Zahl 1093/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Umgang der Polizei und des BMI mit einem Misshandlungsvorfall am 22.2.2018 in der Dr.-Otto-Neurath-Gasse durch Polizei, BMI und Justiz“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Frage 1:

Wann wurde welchen Stellen bei der Polizei bekannt, dass es am 22.2.2018 um etwa 05:00 zu einem Vorgehen eines/r oder mehrerer PolizeibeamtInnen gekommen ist, das potentiell als Misshandlung eines/r BürgerIn beurteilt werden könnte?

Am 22. Februar 2018 langte um 06:41 Uhr eine E-Mail bezüglich dieser Causa in der Behördenmailbox der Landespolizeidirektion Wien ein. Das Referat „Besondere Ermittlungen“ der Landespolizeidirektion Wien wurde mit der Bearbeitung um 09:41 Uhr betraut.

Ebenfalls am 22. Februar 2018 erlangte der Stadthauptmann des Polizeikommissariates Donaustadt von diesem Misshandlungsvorwurf Kenntnis.

Die Personalabteilung und das Büro Öffentlichkeitsarbeit der Landespolizeidirektion Wien wurden behördenintern am 23. Februar 2018 in Kenntnis gesetzt.

Frage 2:

Wann gingen welchen Stellen des BMI konkrete Misshandlungsvorwürfe zum bezeichneten Vorfall zu?

Am 23. Februar 2018 wurden dem Bundesministerium für Inneres und zwar dem Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung sowie der Zentralen Meldestelle für Misshandlungsvorwürfe im Referat II/1/c via E-Mail Meldungen zum anfragegegenständlichen Vorfall übermittelt.

Frage 3:

Wie wurde in weiterer Folge als Reaktion auf diese Vorwürfe verfahren?

Das Referat „Besondere Ermittlungen“ der Landespolizeidirektion Wien nahm Ermittlungen in dieser Causa auf und brachte der Staatsanwaltschaft am 23. Februar 2018 den Sachverhalt durch Übermittlung des Anfallsberichts zur Kenntnis.

Die Zentrale Meldestelle für Misshandlungsvorwürfe hat diese Meldung am 23. Februar 2018 statistisch erfasst.

Frage 4:

Wann wurden die betroffenen BeamtInnen einvernommen?

Die betroffenen Beamten wurden nicht sofort einvernommen, da beabsichtigt war, zuerst das mutmaßliche Misshandlungsoffer einzuvernehmen, um die Beamten mit deren Aussage konfrontieren zu können. Da das mutmaßliche Opfer unbekannten Aufenthalts war und ist, konnte es nicht geladen und zur Sache einvernommen werden.

Die Staatsanwaltschaft stellte bereits am 23. Februar 2018 das Verfahren gegen einen der beiden Beamten ein und sah von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den anderen Beamten am 22. März 2018 ab, weshalb deren Einvernahme nicht mehr zu erfolgen hatte.

Frage 5:

Wann wurde der/die BeschwerdeführerIn einvernommen?

Die Mitarbeiterin der Volkshilfe Wien, welche den Sachverhalt zur Anzeige gebracht hat, wurde am 22. Februar 2018, beginnend um 18:33 Uhr zum Sachverhalt einvernommen.

Die mutmaßliche Geschädigte konnte, da unbekannten Aufenthalts, nicht geladen und somit nicht einvernommen werden.

*Frage 6:**Welche Beweise wurden wann durch die ermittelnde Behörde gesichert?*

Am 22. Februar 2018 wurde die Videoaufzeichnung der Volkshilfe sichergestellt.

*Frage 7:**Wann, in welcher Form und von wem wurde die StA informiert?*

Am 23. Februar 2018 wurde der Staatsanwaltschaft Wien ein Anfallsbericht und am 2. März 2018 ein schriftlicher Abschlussbericht vom Referat „Besondere Ermittlungen“ der Landespolizeidirektion Wien übermittelt.

*Frage 8:**Welche disziplinarrechtlichen Schritte wurden wann entschieden?*

Am 23. Februar 2018 wurden von der Landespolizeidirektion Wien beide einschreitenden Beamten vorläufig vom Dienst suspendiert, am 26. Februar 2018 wurde gegen beide Beamte Disziplinaranzeige erstattet.

Gegen einen in den Vorfall involvierten Beamten wurde von der Disziplinarkommission mit 20. März 2018 die vorläufige Suspendierung bestätigt und das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Die gegen den zweiten Beamten ausgesprochene vorläufige Suspendierung wurde von der Disziplinarkommission am 23. März 2018 gemäß § 112 Abs. 3 Beamten-Dienstrechtsgesetz (BDG) 1979 nicht bestätigt, da von der Staatsanwaltschaft Wien gemäß § 35c Staatsanwaltschaftsgesetz von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgesehen wurde, da kein Anfangsverdacht bestand. Am 4. April 2018 wurde jedoch ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Am 21. Juni 2018 fand gegen beide Beschuldigte eine mündliche Disziplinarverhandlung statt. Die gegen einen Beamten zu diesem Zeitpunkt noch bestehende Suspendierung wurde aufgehoben und es wurden beide Disziplinarverfahren rechtskräftig abgeschlossen.

Frage 9:

Wurde die Suspendierung des/der betroffenen Beamtinnen beschlossen? Wenn ja, wann erfolgte sie?

Wie in Beantwortung der Frage 8 angeführt, wurden beide Beamte am 23. Februar 2018 vorläufig vom Dienst suspendiert.

Frage 10:

Befinden sich alle involvierten BeamtInnen derzeit im Polizeidienst?

Ja.

Frage 11:

Wie viele Misshandlungsvorwürfe, Beschwerden oä lagen insgesamt je gegen den/die involvierten BeamtInnen vor?

Gegen beide der involvierten Beamten lagen je zwei, nahezu 20 bzw. mehr als 20 Jahre zurückliegende Misshandlungsvorwürfe vor, die jedoch jeweils von der Staatsanwaltschaft Wien gemäß § 90 Strafprozessordnung eingestellt wurden.

Frage 12:

Wie viele solcher Vorwürfe lagen zum Zeitpunkt der Entscheidung, nicht zu suspendieren, insgesamt je gegen die involvierten BeamtInnen vor?

Gegen die beiden Beamten lagen keine derartigen Vorwürfe vor.

Bemerkt wird jedoch, dass beide Beamte vorläufig suspendiert wurden. Zum weiteren Verlauf hinsichtlich der vorläufigen Suspendierungen wird auf die Beantwortung zu Frage 8 verwiesen.

Herbert Kickl

